

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Bureau Nr. 20.

Amtsblatt

Postfachamt: Leipzig 11264.
Stroßstraße Riesa Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Ordo.

Nr. 2.

Freitag, 3. Januar 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postkasten vierteljährlich 2.60 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages (bis 10 Uhr vormittags) aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundschreibzeile (7 Spalten) 20 Pf., Ortspreis 25 Pf.; je nach Umfang und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweilungs- und Vermittlungsgebühren 20 Pf. je Zeile. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Dreizehntägige Unterhaltungsbeilage „Grafier an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezuger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Im Auftrag der Reichsstelle für Gemüse und Obst wird bestimmt, daß die mit Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 17. Dezember 1918 über den Verkehr mit Tafel- und Wirtschaftsobst (Nr. 293 der Sächs. Staatszeitung) festgesetzten Grenzabhörspreise für Tafeläpfel und Tafelbirnen und entsprechend die Großhandels- und Kleinhandelsabhörspreise für Tafeläpfel und Tafelbirnen sich mit Wirkung vom 1. Januar 1919 je Monat und Zentner um einen Aufwahrungszuschlag von M. 2.— erhöhen.

Dresden, am 20. Dezember 1918.

Arbeits- und Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

Dienstag, den 7. Januar 1919, nachmittags 1/2 Uhr wird im Sitzungssaal der unterzeichneten Amtshauptmannschaft öffentliche Bezirksauskunft gegeben.

Großenhain, am 31. Dezember 1918.

Die Amtshauptmannschaft.

Butter betr.

Der Buchstabe X der Speisekarte, gültig für die Woche vom 6.—12. Januar 1919, darf mit einem Viertel Stückchen Butter beliefert werden. Bezugscheine für Butter sowie Speisekarten für Gastwirtschaften dürfen voll beliefert werden.

Die Milchviehhalter dürfen auf den Kopf der von ihnen zu bekundenden Personen 100 Gramm verwenden, alle übrige Butter ist von ihnen an die zuständige örtliche Sammelstelle abzuliefern.

Zwischenhandlungen werden nach Punkt 2 der Bekanntmachung vom 1. November 1917 bestraft.

Großenhain, am 2. Januar 1919.

Der Kommunalverband.

Die Ausgabe der Brotmarken

auf die nächsten 4 Wochen findet diesmal bereits am Sonnabend, den 4. Januar 1919 von vorm. 8 bis 12 Uhr mittags statt. Sie haben jedoch erst vom 6. Januar ab Gültigkeit. Der Rat der Stadt Riesa, am 2. Januar 1919.

Abgabe von Petroleum, Kerzen und Karbid.

In den nächsten Tagen werden die uns für Januar zugewiesenen Kleinbeleuchtungs- mittel auf Veranschaulichung ausgegeben.

Es werden auf den Haushalt abgegeben:

1 Liter Petroleum zum Preise von 23 Pf., und 1 Kerze zum Preise von 23 Pf. Das Petroleum wird auf Abschnitt 6, die Kerze auf Abschnitt 7 abgegeben. Karbid kann markenfrei entnommen werden.

Für den Monat Januar übernehmen den Verkauf

a. von Petroleum: der Konsumverein und die Geschäfte von Ernst Schöfer Nachf.,

Wilhelm Winkler, Paul Starke und Paul Roschel Nachfolger.

b. von Karbid: Paul Roschel Nachfolger, Fahrradhandlung Albin Bley und die

Firma Thomas & Sohn und

c. von Kerzen: die Seifenhandlungen von Thomas & Sohn und Rudolf Wendorf.

Auf die Verwendung von Sparlampen gestatten wir uns erneut hinzuweisen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 2. Januar 1919.

Benutzung der militärischen Entlassungsanstalten durch Zivilpersonen.

Unter Bezugnahme auf unsere mit dem hiesigen Garnisonkommando gemeinsam erlassene Bekanntmachung vom 8. Dezember 1918 — abgedruckt im Rieser Tageblatt Nr. 281 vom 8. Dezember 1918 — machen wir hiermit bekannt, daß eine Entlassung von Zivilpersonen und den Kleidungsstücken solcher in den militärischen Entlassungsanstalten nach vorheriger Anmeldung durch uns stattfinden kann.

Wir erlauben deshalb im allgemeinen gesundheitslichen Interesse dringend darum, bei Bedarf wegen Benutzung der militärischen Entlassungsanstalten unverzüglich mit uns in Verbindung zu treten, damit wir das Erforderliche vermitteln können.

Riesa, den 2. Januar 1919.

Der Rat der Stadt Riesa.

Wegen des im Monat Januar bei uns besonders regen Verkehrs können wir

Zinsenschriftungen nur bei Ein- oder Rückzahlungen vornehmen. Wir weisen hier-

bei mit darauf hin, daß es auch durchaus nicht notwendig ist, in Sparbüchern die Zinsen

gerade am Jahresbeginn anzuschreiben zu lassen.

Dies kann vielmehr ganz gelegentlich, wenn auch erst nach Jahren, erfolgen, weil

ein Zinsverlust ausgeschlossen ist.

Alle Zinsen, auch wenn sie nicht im Sparbuch stehen, werden nach jedem Jahres-

schluß zum Kapital geschlagen und mitverzinst, bis die Höchstentlage, die bis auf weiteres

5000 Mark betragen kann, erreicht ist.

Raffentunden: Montag bis Freitag 9—12, 2—4 Uhr; Sonnabends 9—2 Uhr.

Sparkasse der Stadt Riesa, am 28. Dezember 1918.

Bekanntmachung, Kriegsgefangene betr.

Alle Arbeitgeber, die Kriegsgefangene (Engländer, Franzosen, Italiener, Serben

Amerikaner, Belgier) vom Lager Königsdorf beschäftigen, haben diese bis spätestens

6. Januar 1919 in das Stammlager Truppenübungsplatz Königsdorf zurückzuführen,

da der Abtransport dieser Gefangenen unmittelbar darauf erfolgen muß. Es dürfen

keine Kriegsgefangenen obiger Nationalitäten aus irgend einem Grunde zurückgehalten

werden. Die Stadt- und Gemeindebehörden werden gebeten, für reiblose Durchführung

dieser Aufforderung Sorge zu tragen zu wollen.

Kriegsgefangenenlager Truppenübungsplatz Königsdorf.

J. U. Gierisch, Hauptmann der Landw. und stellv. Kommandant.

Berammlung von sächsischen Arbeiter- und Soldatenräten in Riesa.

Hier fand heute eine von den Arbeiter- und Soldatenräten von Riesa und Jützhain einberufene Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte der Provinzorte Sachsen statt. Anwesend waren 70 Vertreter aus allen Teilen Sachsens. Unter den Teilnehmern befand sich auch der frühere Reichstagsabgeordnete Richard Schmidt, Meißn. In Vorhänden wurden Scherffig-Riesa und Kutschmann-Jützhain gewählt.

Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Konferenz einberufen worden sei, um Stellung zu nehmen gegen die Ausdehnung der Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz aus dem Landesrat der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens. Es sei möglich, daß in anderen Bezirken die Frage anders geregelt worden sei, in der Amtshauptmannschaft Dresden jedenfalls seien die Arbeiter- und Soldatenräte vollständig von einer Vertretung ausgeschlossen. Dadurch sei ein Zusammenarbeiten und eine Einheitsfront in den Entscheidungen nicht möglich. Für Riesa und Jützhain lägen die Verhältnisse insofern eigenartig, als für sie in Jützhain Dresden, in militärischen Angelegenheiten das 19. A. S., Leipzig, zuständig sei. Von Dresden aus hätte der Provinz eine Vertretung im Landesrat zugebilligt werden müssen. Es müßte den Arbeiter- und Soldatenräten der Provinz aus überlassen werden, die Vertreter für den Landesrat selbst zu bestimmen. Vorarbeiten könne man da nicht lassen. Die Unmöglichkeit, ein Einverständnis in diesen Fragen zu erzielen habe die Einberufung dieser Konferenz notwendig gemacht. Selbst die „Leipziger Volkszeitung“ habe sich gegen die Konferenz gewendet und sich auf den Standpunkt gestellt, daß zur Einberufung der Konferenz die Genehmigung der Großstädte erforderlich sei. Der zweite Vorsitzende, Kutschmann, wendet sich ebenfalls gegen die Bevormundung durch die Großstädte. Auch nimmt er Stellung gegen die Behandlung der Konferenz durch die Leipziger und Dresdner Volkszeitung. Nachdem Redner die Tagesordnung der Konferenz bekannt gegeben und kurz erläutert hatte, wurde in die allgemeine Aussprache eingetreten. Kimmich, Pirna: Die Provinzorte hätten von Anfang an verstanden sollen, mehr Rechte zu erhalten. Jetzt sehe man dieselben schon vor vollendeten Tatsachen. Die jetzige Regierung sei als sozialistische Regierung nicht anzuerkennen. Welche Macht habe die Konferenz übrigens, um ihre Beschlüsse durchzusetzen. Es könne für die Provinz nur eine Lösung geben: Los von Dresden. Wenn den Arbeiter- und Soldatenräten gebietet werden solle, dann müßte die Revolution fortgesetzt werden. Danzsch, Ordo, wendet sich ebenfalls gegen die Landes- und Reichsregierung und tritt für Bildung eines Arbeitsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz ein. Richter, Riesa, empfiehlt die Einberufung einer gleichen Konferenz für das ganze Reich. Schmidt, Meißn., tritt der Ansicht bei, daß die Provinz bei der Landesvertretung benachteiligt ist. Sie sei das Opfer des Parteistreiches zwischen Leipzig und Dresden. In der Chemnitzer Kreis-

für geregelte Verhältnisse eintritt und die Regierung verweigert, findet er wiederholt lebhaften Widerspruch. Wenn man vereinsamt wolle, müßte man die Mehrheit des Volkes hinter sich haben. Je weiter die Nationalversammlung hinausgeschoben werde, umso ungünstiger würden die Aussichten für die Revolution. Die Diktatur der Großstädte werde wegschlagen, wenn eine geregelte Volksvertretung gewählt sei. Leinen, Pirna, ist der Meinung, daß die Vertretung vorläufig so bleiben könne. Die Nationalversammlung müsse kommen. Die Ordnungslöslichkeit in den Kasernen sei groß. Es fehle den Soldatenräten noch an Machtbefugnissen. Gaudold, Jützhain, tritt für eine Vereinigung der Arbeiter- und Soldatenräte auf breiter Grundlage ein. Ein Vertreter der Jützhain-Ortschaften: Die Notwendigkeit der Konferenz war durchaus gegeben. Frau Weinig, Jützhain: Das Ziel der Revolution müsse bleiben, dem Arbeiter auch die wirtschaftliche Macht zu erringen. Auf dem jetzigen Wege sei das nicht möglich. Ganz laße sich die Diktatur nicht vermeiden. Kimmich, Pirna: Die Bewaffnung der Arbeiter müsse durchgeführt werden. Die Nationalversammlung sei solange nicht einzuberufen, bis nicht wenigstens ein Jahr lang Grund und Boden Nationaligentum seien. Rätz von Leipziger Generalkommando: Niemand habe den Gedanken einer Bevormundung der Provinz gehabt. Das Generalkommando habe nur Befehle erteilt, die im Rahmen der Demobilisation notwendig seien. Die Demobilisation müsse sich im Rahmen der Abrüstung vollziehen, wozu auch eine Unterordnung der unteren Stellen gehöre. Scherffig, Riesa: Es möge bei der Aussprache nicht vergessen werden, daß der Zweck der Konferenz sei, sich gegen die Diktatur der Großstädte zu wenden. Der Landesrat fasse Beschlüsse und fordere, daß die Provinz diesen nachkomme, ohne daß sie vorher gehört worden sei. Die Verammlung müsse zum Ausdruck bringen, daß, solange der Provinz nicht Vertretungs- und Stimmrecht zustünde, sie auch die Beschlüsse des Landesrats nicht anerkenne. Von den Volksbeauftragten wurden Anordnungen getroffen, die den Bürgerlichen ihre alten Rechte wieder verschafften. An Beispielen aus dem hiesigen Bezirk zeigte er, daß man in der Regierung kein Verständnis der wirklichen Verhältnisse habe. — Ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Aussprache wurde hierauf angenommen.

Nach der Mittagspause wurde in die Einzelberatung der Tagesordnung eingetreten. Der erste Punkt betraf Stellungnahme zu den in letzter Zeit wiederholt vorgekommenen Maßnahmen der Großstädte gegen über den kleineren Ortschaften, sowie Stellungnahme gegen die Maßnahmen der Regierung gegenüber den Zurücksetzungen der Arbeiter- und Soldatenräte in den kleineren Ortschaften. Es lag hierzu folgender Antrag Riesa vor:

Solange die Vertreter der Großstädte, besonders Dresden und Leipzig, den Arbeiter- und Soldatenräten der Provinz nicht die Vertretung im Landesrat, Arbeiter- und Soldatenräte in der Weise zubilligen, daß von jedem Arbeiter- und Soldatenrat der Provinz mindestens zwei Vertreter hinstreckend sind, solange erkennen die Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz den Landesrat nicht an. Die Konferenz wählt eine Kommission, die zur Regelung dieser Frage mit den zuständigen Stellen in Dresden und Leipzig in Verbindung tritt. Die Aussprache ergab, daß

mit diesem Antrag Klarheit darüber geschaffen werden solle, ob die Einteilung in Leipzig und Dresden wirklich zu Recht bestehe und die Arbeiter- und Soldatenräte des Landes im Landesrat etwas zu sagen haben. Der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen.

Ein weiterer Antrag lautet: Die Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte der Kleinstädte Sachsens verweigert sich gegen die Annahme der Arbeiter- und Soldatenräte der Großstädte, insbesondere Dresden, Leipzig und Chemnitz, Beschlüsse zu fassen, die über den kommunalen Rahmen ihrer Machtbefugnis hinausgehen. Dieser Antrag wurde dem zu wählenden Arbeitsausschuss als Material überwiesen.

Die Sitzung dauert fort.

Deutliches und Sächsisches.

Riesa, den 3. Januar 1919.

„Ueber die Demokratie im Kampfe um Deutschlands Zukunft!“ sprach gestern abend in einer im Hotel Höpfer abgehaltenen, sehr gut besuchten Versammlung der Demokratischen Partei Herr Professor Kraft aus Dresden. Redner brachte zunächst den in die Heimat zurückgekehrten Feldgrauen und den Gefallenen den Dank der Heimat zum Ausdruck. Sodann schloß er, wie unter dem Ruf der Revolution auch das Parteileben eine Umbildung erfahren habe. Die Konservativen hätten sich unter starkem antimilitärischen Einfluß in der deutschnationalen Volkspartei zusammengefunden, die erst noch zu beweisen haben werde, daß sie eine Volkspartei sei. Einige Programmpunkte dieser Partei wurden eingehend besprochen. Redner erhob Einspruch dagegen, daß die deutschnationale Volkspartei die nationale Meinung für sich allein in Anspruch nehme und die deutsche demokratische Partei mit dem internationalen Kapital in Zusammenhang bringe, ein Vorwurf, der schon durch das Steuerprogramm der deutschen demokratischen Partei widerlegt werde. Es sei auch nicht zu verstehen, daß die deutschnationale Partei die Gewissensfreiheit auf ihr Programm schreibe, obwohl sie die alte Herrschaft der Kirche nicht erhalten wolle. Die deutsche demokratische Partei betrachte die Frage der Trennung von Kirche und Staat von einer höheren Warte aus, es dürfe Heiligheit und Kirchenglaube nicht zusammengebrochen werden. Die deutsche demokratische Partei betenne sich offen zur Republik, während die deutschnationale Partei nur erkläre, sie stelle sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse, in der verneinten Hoffnung, daß nach der Nationalversammlung wieder die Monarchie komme. Daraus wandte sich Redner gegen die Bestrebungen von links. Er besprach die Sozialisierungsversuche, die er in gegenwärtiger Zeit ablehnte, weil sie die Produktion verringern und uns bald noch tiefer wie jetzt zu Boden werfen würden. Die deutsche demokratische Partei sei aber für Maßnahmen gegen ein Ueberwachen der Vermögen, die in solchen Grenzen gehalten werden müßten, daß sie durch ihre Größe nicht schädigend auf die Allgemeinheit wirkten. Die Wurzel unseres Übels liege darin, daß wir unserm Volke nicht die gleiche geistige Ausbildungsmöglichkeit gegeben hätten. Deshalb fordere die deutsche demokratische Partei eine systematisch aufgebaute Schule, die einem jeden offen stehe, ferner Schulgefreihheit und die Möglichkeit für jeden einzelnen Bürger, zu den höchsten Stufen im Vaterland em-